

BERNER FREISINN

Bern	2/3	Feriererlebnisse	12/13	Interview	16/17	Minder-Initiative	20
Abstimmungen	9/23	FDP International	14	Fraktion	18/19	Unter Freisinnigen	22

34. Jahrgang / Erscheint sechsmal jährlich / Offizielles Organ der FDP. Die Liberalen Bern

Inhalt

Keine Steuererhöhungen

Grossrat Adrian Haas nimmt Stellung zur Volksabstimmung über das kantonale Steuergesetz.

Seite 2

Parolen zu den kantonalen Volksabstimmungen vom 23. September 2012

Optimierung der Förderung von Gemeindezusammenschlüssen

- › Ja zur Änderung der Kantonsverfassung
- › Ja zur Änderung des Gemeindegesetzes

Kantonales Steuergesetz

- › Nein zur Initiative «Faire Steuern – Für Familien»
- › Ja zum Gegenvorschlag des Grossen Rates
- › Stichfrage: Gegenvorschlag des Grossen Rates

Zur Wiederholung der Volksabstimmung über das Gesetz über die Besteuerung der Strassenfahrzeuge (Teilrevision) fasste die FDP nicht nochmals Parole. Es gilt weiterhin die im Vorfeld zur ersten Abstimmung beschlossene Parole vom 19. Januar 2011:

- › Ja zur Vorlage des Grossen Rates
- › Nein zum Volksvorschlag
- › Stichfrage: Vorlage des Grossen Rates

FDP mit neuer Parteileitung

An der Delegiertenversammlung in Spiez wurde die neue Parteileitung der Kantonalpartei gewählt. Neu gehören der Parteispitze elf Personen an.



Von links: Thomas Stauffer, Bernhard Schüpbach, Patrick Minder, Inés Roethlisberger, Peter Gugger, Pierre-Yves Grivel, Franziska Vogt-Schlup, Philippe Müller, Adrian Kneubühler, Hans-Jürg Käser, Stefan Nobs.

Nach seiner Wahl im Mai präsentierte der neue Parteipräsident Pierre-Yves Grivel in Spiez sein neues Team. Die Parteileitung wird von 31 auf 11 Mitglieder verkleinert. So gehören fortan die Kreisparteipräsidenten/-innen, die Präsidenten/-innen der ständi-

gen Kommissionen und die Nationalräte nicht mehr von Amtes wegen der Parteileitung an. Mit der Verkleinerung der Parteispitze soll diese schlagkräftiger werden. «Ein Gremium mit über 30 Personen ist aus meiner Sicht nicht führbar», zeigte sich Pierre-Yves

Grivel überzeugt. Die für die Verkleinerung der Parteileitung notwendige Teilrevision der Parteistatuten wurde bei einer Gegenstimme von den Delegierten gutgeheissen.

Mehr siehe Seite 3

Nein zur unfairen Steuererhöhungs-Initiative – Ja zum Gegenvorschlag

**Adrian Haas, Grossrat
FDP.Die Liberalen, Bern**



Adrian Haas

Quasi als Gegenprojekt zur Teilrevision des Steuergesetzes vom 23. März 2010 (Steuergesetzrevision 2011/12) wurde von Linksparteien und einzelnen Gewerkschaften eine **Initiative unter dem verharmlosenden Titel «Faire Steuern – Für Familien»** lanciert.

Zur Erinnerung: Mit der Steuergesetzrevision 2011/12 hatte der Grosse Rat verschiedene Ziele verfolgt. Nebst dem Ausgleich der kalten Progression und Anpassungen an bundesrechtliche Vorgaben beschloss er moderate Entlastungen beim Einkommenssteuertarif, beim Vorsorgetarif und beim Ver-

mögenssteuertarif. Ausserdem erhöhte er den Kinderabzug auf 7000 Franken. Die über den Ausgleich der kalten

Progression hinausgehenden Entlastungen beim Einkommenssteuertarif und die über den Ausgleich der kalten Progression hinausgehende Erhöhung des Kinderabzugs traten am 1. Januar 2012 in Kraft, alle übrigen Änderungen gelten bereits seit 1. Januar 2011.

Die Initianten sind gegen die beschlossenen Steuerentlastungen. Sie verlangen zum einen, dass die sich bereits in Kraft befindlichen Entlastungen bei den Einkommens- und Vermögenssteuertarifen wieder aufgehoben werden. Gleichzeitig soll auch die beschlossene Anpassung der sog. Vermögenssteuerbremse nach Artikel 66 StG rückgängig gemacht werden. Zum anderen soll der vom Grossen Rat von

6300 Franken auf 7000 Franken erhöhte Kinderabzug weiter erhöht werden. Er soll künftig 8000 Franken betragen und so zu einer spezifischen Entlastung der Familien führen. Schliesslich soll die sogenannte Pauschalbesteuerung abgeschafft werden.

Würde das Steuergesetz nach dem Wunsch der Initianten angepasst, ergäben sich beim Kanton jährliche **Zusatzbelastungen der Steuerzahler** von insgesamt mind. 80 Mio. Franken:

- › Erhöhung des Einkommenssteuertarifs: 65 Mio. Franken
- › Erhöhung des Vermögenssteuertarifs: 18 Mio. Franken
- › Anpassung der Vermögenssteuerbremse: 15 Mio. Franken
- › Erhöhung des Kinderabzugs: – 18 Mio. Franken
- › Abschaffung der Pauschalbesteuerung: volkswirtschaftlich negative Auswirkungen, die betragsmässig schwer bezifferbar sind.

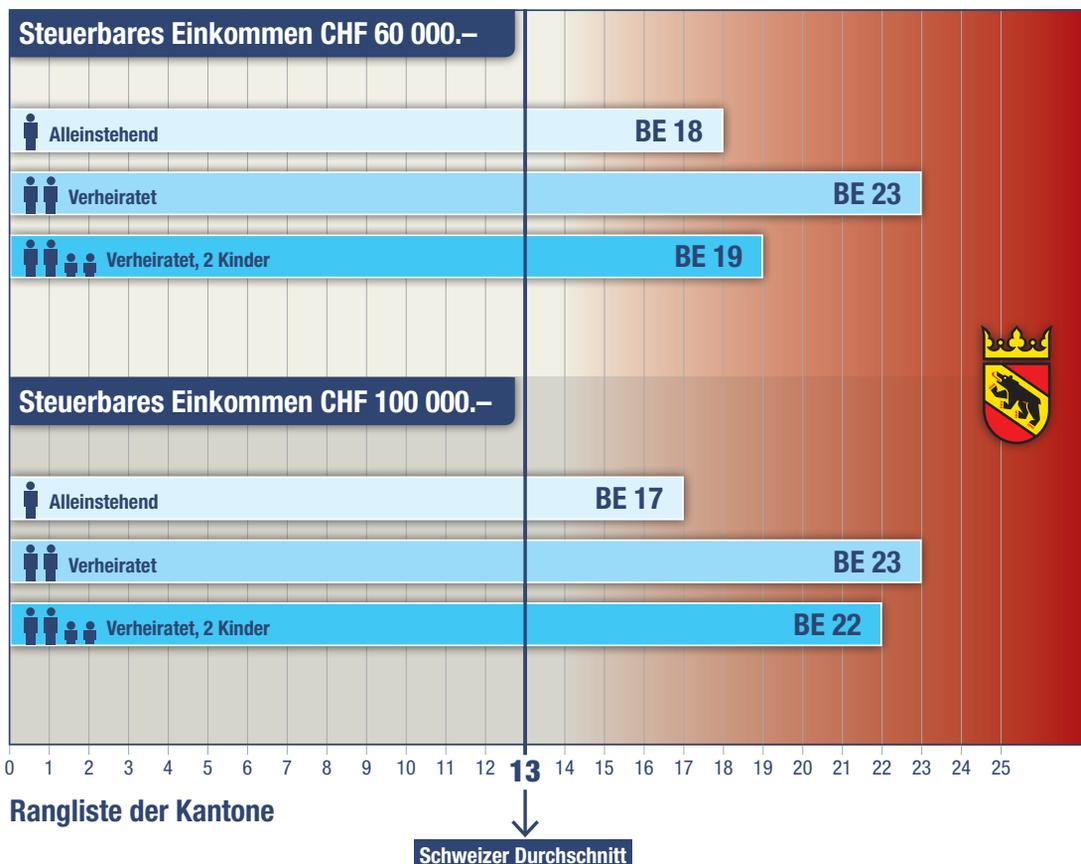
Der Grosse Rat stellt der Initiative einen Gegenvorschlag gegenüber, welcher von Steuererhöhungen abieht, jedoch den Kinderabzug (wie die Initiative) auf 8000 Franken erhöhen und die Anforderungen an die Pauschalbesteuerung verschärfen will.

Die Haltung der FDP des Kantons Bern

Zur Steuererhöhung gemäss Initiative: Eine Erhöhung der Steuerbelastung im Sinne eines Rückgängigmachens der Steuergesetzrevision 2011/12 hält die FDP mit Blick auf den interkantonalen Steuervergleich geradezu für grotesk. Die aktuelle Grafik links zeigt, dass natürliche Personen im Kanton Bern schon heute (jetzt geltendes Steuergesetz 2011/12) wesentlich mehr Steuern bezahlen als die Durchschnittsschweizer.

Zur Pauschalbesteuerung: Der Kanton Bern hat im Moment zirka 230 Pauschalbesteuerte (Ausländer, meist Rentner, die in der Schweiz nicht erwerbstätig sind). Rund 90 Prozent davon wohnen im Berner Oberland. Die entsprechenden Steuereinnahmen be-

Einkommensbelastung natürlicher Personen: Rang des Kantons Bern im interkantonalen Vergleich 2012



laufen sich auf mehr als 20 Mio. Franken pro Jahr. Das entspricht einem durchschnittlichen Steuerbetrag von rund 100 000 Franken pro Person. Die Aufwandbesteuerten stellen zudem einen erheblichen Wirtschaftsfaktor dar. Man rechnet, dass Investitionen (z. B. Chaletbau) und Konsum zu weiteren Abgaben führen (Mehrwertsteuer, Grundstückgewinnsteuer, Handänderungssteuer, Steuern der Arbeitnehmenden, Konsumation, Wohltätigkeiten usw.), welche am Schluss insgesamt ungefähr 80 Mio. Franken ausmachen. Die Abschaffung der Pauschalbesteuerung würde rund 2500 Arbeitsplätze vernichten.

Aus volkswirtschaftlichen Gründen lehnt die FDP des Kantons Bern daher die Abschaffung der Pauschalbesteuerung gemäss Initiative klar ab.

Man kann sich jedoch fragen, ob es – wie dies der Gegenvorschlag will – richtig ist, wenn unser Kanton mit bereits hohen Tarifen auch noch die Höhe des Mindestbetrages für die minimale Bemessungsgrundlage gleich wie der Bund auf 400 000 Franken festlegt, zumal die Kantons- und Gemeindesteuern rund $\frac{3}{4}$ der Steuerbelastung ausmachen. Die Problematik eines Mindestbetrages liegt ja grundsätzlich darin, dass er im Unterschied zu allen anderen Faktoren keine Rücksicht auf die konkreten Lebenshaltungskosten nimmt.

Experten sind sich bezüglich der Auswirkungen allerdings nicht einig. Die Einführung einer Mindestbemessungsgrundlage von 400 000 Franken wird zur Folge haben, dass zahlreiche «kleine» Pauschalbesteuerte auf die ordentliche Besteuerung wechseln werden. Wie viele darunter jedoch ihren Wohnsitz verlegen werden, weiss man nicht. Die «grossen» Pauschalbesteuerten (welche heute schon in der Nähe oder über den 400 000 Franken) liegen, werden eine (moderate) Erhöhung erfahren, welche vertretbar ist.

Der Gegenvorschlag wird daher von der FDP des Kantons Bern auch in diesem Punkt unterstützt, weil er die Akzeptanz der für den Kanton Bern sehr wichtigen Pauschalbesteuerung erhöht, jedoch «das Kind nicht mit dem Bade ausschüttet» sprich eine vollständige Abschaffung zum Schaden der bernischen Volkswirtschaft bewirkt.

Die Parteileitung der *FDP.Die Liberalen Kanton Bern* setzt sich aus folgenden Personen zusammen:



Pierre-Yves Grivel
Parteipräsident, Grossrat,
Biel/Bienne



Inés Roethlisberger
Vizepräsidentin, Vertreterin
FDP.Die Liberalen Frauen, Belp



Philippe Müller
Vizepräsident, Grossrat,
Ressort Politik, Bern



Peter Gugger
Ressort Sektionen,
Bern



Hans-Jürg Käser
Regierungsrat, Polizei-/Militär-
direktor Kt. Bern, Langenthal



Adrian Kneubühler
Grossrat, Fraktionspräsident,
Nidau



Patrick Minder
Vertreter Jungfreisinnige,
Oberhofen



Bernhard Schüpbach
Ressort Zukunft/Vision,
Frutigen



Thomas Stauffer
Ressort Finanzen,
Kehrsatz



Franziska Vogt-Schlup
Ressort Wahlen,
Oberdiessbach



Stefan Nobs
Geschäftsführer/Partei-
sekretär, Lyss



Silvia Greminger tritt in den Ruhestand

Die langjährige Partei- und Fraktionssekretärin Silvia Greminger geht nach 23 Jahren per Ende September in Pension. Die Kantonalpartei und die Grossratsfraktion danken Silvia Greminger herzlich für die geleisteten Dienste und wünschen ihr für den neuen Lebensabschnitt alles Gute!